



LAND BRANDENBURG

**Landesamt für Arbeitsschutz,  
Verbraucherschutz und  
Gesundheit**

**Arbeitsschutz, Regionalbereich Ost**

Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit  
Abteilung Arbeitsschutz, Regionalbereich Ost | Postfach 13 45 | 15203 Frankfurt (Oder)

Nur per E-Mail an: jonatan.schild@stadt-strausberg.de

Stadt Strausberg  
Herr Jonatan Schild  
Postfach 1144  
15331 Strausberg

Robert-Havemann-Str. 4  
15236 Frankfurt (Oder)

Bearb.: Herr Cebulla  
GeschZ.: **Bitte stets angeben**  
AO1.23-3120-1721/2024-FR  
F202400081

Telefon: 0331 8683-444

Telefax: 0331 27548-1803

<https://lavg.brandenburg.de/arbeitschutz>

[office.ost@lavg.brandenburg.de](mailto:office.ost@lavg.brandenburg.de)

Tram 4 (Haltestelle: Friedhof)

Frankfurt (Oder), 30.01.2024

Ihr Schreiben vom: 12.01.2024 | Eingang im Amt: 12.01.2024

**Arbeitsschutzrechtliche Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf**

Bauvorhaben: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) Nr. 68/23 „Solarpark  
am Flugplatz“ und 10. Änderung des Flächennutzungsplans der  
Stadt Strausberg

Sehr geehrter Herr Schild,  
dem Vorhaben steht in diesem frühen Planungsstadium hinsichtlich der Belange  
der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit  
nichts entgegen.

Beachten Sie bitte die Stellungnahme des Dezernats 4 in der Anlage.

Freundliche Grüße  
Im Auftrag

Cebulla

**Anlagen**

Anlage 1: Stellungnahme des LAVG – Dezernat V4

**Sitz des LAVG** | Horstweg 57, 14478 Potsdam | PF 90 02 36, 14438 Potsdam | ☎ 0331 8683-0 | 📠 0331 27548-1800

**Abteilung Arbeitsschutz, Regionalbereich Ost** | Im Behördenzentrum Eberswalde, Haus 9 | Tramper Chaussee 4,  
16225 Eberswalde | PF 10 01 33, 16201 Eberswalde | ☎ 0331 8683-444 | 📠 0331 27548-1803 |

✉ [office.ost@lavg.brandenburg.de](mailto:office.ost@lavg.brandenburg.de)

**Dienstort Frankfurt (Oder)** | Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt (Oder) | PF 13 45, 15203 Frankfurt (Oder)

V4

über

LAVG, Dezernat AO1 –  
Herr Cebulla  
Robert-Havemann-Str. 4  
15236 Frankfurt (Oder)

Datum

29.01.2024

Bearbeiter:

Frau Angela Schulz

Gesch-Z.:

LAVG\_V4-3412/258+149#840/2024

Hausanschluss:

+49 331 8683-569

Fax:

an:

Stadt Strausberg  
FB Technische Dienste - Stadtplanung  
Postfach 1144  
15331 Strausberg

per E-Mail an: jonatan.schild@stadt-strausberg.de

## **Stellungnahme**

**zum Stellungnahme - Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Kraftwerk Brieskow-Finkenheerd" + FNP Änd. - Gemeinde Brieskow Finkenheerdder Stadt Strausberg**

**hier: Anforderung einer Stellungnahme gemäß § 4 Absatz 1 BauGB  
Fachstellungnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit  
– Dezernat V4 – Umweltbezogener Strahlenschutz**

Die Stadt Strausberg hat für einen Bereich östlich des Flugplatzes den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark am Flugplatz“ aufgestellt. Es erfolgt die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit besonderer Zweckbestimmung „Solarpark“. Im Parallelverfahren erfolgt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die Bestimmungen der 26.BImSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden.

In Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurden keine konkreten Aussagen zur Lage des Netzanschlusspunktes zur Einspeisung des erzeugten Solarstroms getroffen werden. Derzeit werden Alternativen geprüft.

Des Weiteren sind die Errichtung von Erdkabeln und Trafostationen innerhalb Plangebietes vorgesehen. Die Grundstücke werden mit einer Zaunanlage eingefriedet.

Trafostationen, möglicherweise Umspannstationen sowie das Erdkabel, welches für den Anschluss an das Versorgungsnetz von außen in das Plan-Gebiet hinein verlegt wird, sind Anlagen, die nach der 26.BImSchV zu betrachten sind. Für die geplanten niederfrequenten Anlagen innerhalb der überbaubaren Fläche sind keine weiteren Forderungen bzgl. der 26. BImSchV zu treffen.

Gemäß dem § 3 der 26. BImSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert (bei Trafostationen und Mittelspannungskabel sind diese ab 1 m Abstand sicher eingehalten).

Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BImSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt.

Das Minimierungsgebot ist anzuwenden, wenn maßgebliche Minimierungsorte sich im definierten Einwirkungsbereich von 10 m für Trafostationen, von 10 m für Erdkabel < 50 kV, von 25 m für Kabel ≥ 50 kV < 110 kV, von 50 m zu einer eventuell notwendigen Umspann- und Schaltanlage mit ≥ 110 kV Nennspannung befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen im nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.

Im Auftrag

Angela Schulz

Dieses Dokument wurde am 29.01.2024 durch <b>Angela Schulz</b> schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--